



Foto © Tim Schmeit

DISKUSSIONSPAPIER 1

Was kann politische Bildung zum Empowerment geflüchteter Jugendlicher beitragen?

Der Empowerment-Begriff hat Einzug in zahlreiche Debatten, auch in Fachdebatten, gehalten. Ursprünglich in der schwarzen Bürgerrechtsbewegung in den USA und der zweiten Frauenbewegung in den 1960er und 1970er Jahren entwickelt, etablierte er sich in Deutschland besonders in der Sozialen Arbeit, in verschiedenen Bewegungen marginalisierter Gruppen, aber auch in Bereichen wie der Demokratieförderung (vgl. BMFSFJ 2016). Das bundesweite Projekt „Empowered by Democracy“ des Bundesausschusses Politische Bildung greift die dahinterstehenden Konzepte ebenfalls auf, um sie im Kontext der politischen Bildung besonders für die Zielgruppe geflüchteter Jugendlicher nutzbar zu machen.

In den zahlreichen Konzepten und Definitionsangeboten zum Thema Empowerment geht es im Kern um Entwicklungsprozesse, in denen Menschen ihre Ohnmacht überwinden, sich ihrer Stärken bewusst werden, diese weiterentwickeln und ihr Leben zunehmend selbstbestimmt in die Hand nehmen (vgl. u.a. Can 2013; Herriger 2014). Empowerment kann zunächst auf individueller Ebene stattfinden durch den Erwerb von Orientierungswissen und Kompetenzen sowie durch die Stärkung des Selbstwertgefühls und der Handlungsmotivation. Ausgangspunkt sind nicht die Defizite, sondern immer die Ressourcen und Stärken des Einzelnen. Darüber hinaus spricht man von einem kollektiven Empowerment, wenn Menschen sich zusammenschließen, sich über ihre Situation und ihre Interessen austauschen und gemeinsam aktiv werden, um Veränderungen in ihrem Lebensumfeld zu bewirken. Ein solches Empowerment geht zusammen mit einem aktivierenden Verständnis von Politik und Öffentlichkeit, in dem vielfältige zivilgesellschaftliche Akteure ihre Anliegen in öffentliche Debatten einbringen können. Besonders im Kontext einer Migrationsgesellschaft verspricht ein solches Verständnis ein Mehr an Teilhabe und damit einhergehend ein Mehr an Pluralität und demokratischer Qualität in diesen Debatten.

Diskussionspapiere im Projekt „Empowered by Democracy“ beschreiben den Diskussionsstand zu fachlichen Fragestellungen, die sich aus der Praxis des Projektes ergeben haben. Sie bündeln praktische Erkenntnisse und die Auseinandersetzung der beteiligten Bildungspraktiker*innen mit zentralen konzeptionellen Fragen der politischen Bildung.



Damit ist das Konzept Empowerment zum einen für die Arbeit mit geflüchteten Jugendlichen interessant. Für diese heterogene, aber tendenziell prekarierte, machtarme Gruppe, die sich mit den psychischen und physischen Folgen ihrer Flucht im Gepäck in einer neuen Umgebung zurechtfinden muss, erscheinen Empowerment-Strategien als ein erfolgversprechender Weg zur Stärkung ihrer Handlungsfähigkeit. Zum anderen ist der Empowerment-Ansatz für eine politische Jugendbildung attraktiv, die die Verwirklichung gleicher demokratischer Teilhabechancen für alle Jugendlichen in der Migrationsgesellschaft unter dem Leitgedanken der Inklusion in den Blick nimmt. Er hilft, die Wissensbestände der politischen Bildung unter diesem Blickwinkel zu sortieren, um den aktuellen Anforderungen der Migrationsgesellschaft auf der Höhe der Zeit zu begegnen. Für eine so verstandene politische Bildungsarbeit mit geflüchteten Jugendlichen bietet es sich also an, Empowerment-Strategien einzubeziehen und mitzudenken.

Auch wenn ein Empowerment zu demokratischer Teilhabe von jungen Geflüchteten aufgrund ihrer begrenzten Rechte und unsicheren Lebenssituationen Einschränkungen unterliegt, besteht Grund zu vorsichtigem Optimismus: Es gibt Handlungsspielräume – trotz alledem! Demokratische Teilhabe erschöpft sich nicht im Wahlakt, sondern verläuft in sich immer weiter ausdifferenzierenden Formen, die teilweise auch geflüchteten Jugendlichen offen stehen (vgl. Roth 2018, Bertelsmann-Stiftung/Staatsministerium Baden-Württemberg 2014).

Um Empowerment-Strategien für die politische Bildung nutzbar zu machen, sind Übersetzungsleistungen notwendig - unterschiedliches Vokabular bezeichnet oftmals Ähnliches. Dabei ist auch eine Auswahl zu treffen: Viele mögliche Elemente eines Empowerment-Prozesses wie Beratung, Psychotherapie, Selbsthilfe und Selbstorganisation, aber auch das politische Handeln liegen außerhalb oder in den Grenzbereichen des Repertoires der politischen Bildung. Umgekehrt eignet sich nicht jeder Ansatz der politischen Bildung in gleichem Maße zum Empowerment geflüchteter Jugendlicher. Es braucht also eine zielgerichtete politische Bildung für spezifische Elemente möglicher Empowerment-Prozesse.

Wie geht Empowerment durch politische Bildung?

Im Hinblick auf ein Empowerment geflüchteter Jugendlicher zielt politische Bildung letzten Endes auf kollektive Teilhabeformen in Gruppen und Organisationen der Zivilgesellschaft und somit auf kollektive Empowerment-Prozesse, zumeist in einem Gruppensetting. Kollektive Teilhabe hängt jedoch in hohem Maße von individuellen Voraussetzungen ab – individuelles und kollektives Empowerment sind an diesem Punkt untrennbar miteinander verbunden und verweisen aufeinander. Die politische Bildung kann mit ihren Angeboten individuelle wie kollektive Voraussetzungen für eine demokratische, menschenrechtsbasierte Teilhabe befördern. Zu einem so verstandenen „Empowerment für die demokratische Zivilgesellschaft“ kann sie einiges beitragen.

Geschützte pädagogische Räume

Außerschulische politische Bildung kann für geschützte Räume sorgen, in denen junge Menschen frei ihre Meinung äußern können, ohne Anwesenheitspflicht und Leistungsbewertung – und ohne sich als Person rechtfertigen zu müssen. In einer ermutigenden Atmosphäre des Vertrauens können Teilnehmende eigene Stärken entdecken, sich Wissen aneignen, sich vernetzen und sich über politische Fragen austauschen. Auch fällt es leichter, persönliche oder sensible Themen wie religiöse Überzeugungen oder Diskriminierungserfahrungen in solchen Settings anzusprechen.

Um diese geschützten Räume zu schaffen, braucht es Zeit für den persönlichen Beziehungsaufbau zwischen politischen Bildner*innen und Teilnehmenden von Bildungsangeboten. Im Hinblick auf das Empowerment der Teilnehmenden stellt die machtkritische Reflexion der eigenen Rolle eine wichtige Anforderung an politische Bildner*innen dar. Dies vorausgesetzt, bieten non-formale und informelle Lernsettings auch vermeintlich „unpolitischen“ Teilnehmenden die Möglichkeit, Erfahrungen im Sprechen über gesellschaftspolitische Themen zu sammeln. Sie stärken das Gefühl, „berechtigt zu sein, sich überhaupt mit Politik zu beschäftigen, ermächtigt zu sein, politisch zu argumentieren, über die Autorität zu verfügen, um über Politisches in politischen Begriffen zu sprechen“ (Bourdieu 1982: 639 ff.). Es geht um die Anerkennung von Jugendlichen als politische Subjekte, die trotz eventuellen Fluchterfahrungen nicht nur schutzbedürftig, sondern auch handlungsfähig sind. Dieser Aspekt ist auch aus Gender- und aus rassismuskritischer Perspektive von Bedeutung. Im Projekt „Empowered by Democracy“ hat es sich für manche Gruppen und Themen als sinnvoll erwiesen, zunächst geschützte Räume für den Austausch nur unter Jungen, nur unter Mädchen oder nur unter Jugendlichen of



Color anzubieten. Gleichzeitig können die Maßnahmen der außerschulischen politischen Bildung gezielt Begegnungsräume schaffen für Jugendliche, die sich ansonsten im Alltag nicht begegnen. In beiden Settings können mit kreativen und/oder biografischen Methoden Diskriminierungen angstfrei thematisiert und Empowerment-Prozesse unterstützt oder in Gang gesetzt werden.

Selbstwirksamkeitserfahrungen

Die partizipations- und prozessorientierten Lernformen der außerschulischen politischen Bildung ermöglichen Selbstwirksamkeitserfahrungen, die das Vertrauen in die eigene Fähigkeit stärken, handelnd das eigene Lebensumfeld mitgestalten oder sogar verändern zu können. Besonders produktorientierte Maßnahmen, in denen beispielsweise Videos, Graffiti oder Theaterstücke entstehen, können dazu einen guten Einstieg bieten. Es geht hier um die psychologischen Voraussetzungen von demokratischer Teilhabe: um Selbstwertgefühl, Handlungskompetenz und Handlungsmotivation. Jungen Menschen, die neu nach Deutschland gekommen sind, kann politische Bildung Wege in die politische Handlungsfähigkeit eröffnen.

Auch die politische Bildung als Profession muss Selbstwirksamkeit und Teilhabe ermöglichen, indem sie Geflüchtete zu Multiplikator*innen der politischen Bildung ausbildet, so dass diese selbst Bildungsprojekte in ihrem Stadtteil, ihrer Schule oder ihrem Betrieb durchführen können. Daher ist für das Projekt „Empowered by Democracy“ die Idee handlungsleitend, dass die politische Bildung die Perspektiven Geflüchteter auf- und einnehmen muss, will sie die Verwirklichung des Rechts auf demokratische Teilhabe aller jungen Menschen befördern. Der Einsatz politischer Bildner*innen mit Fluchthintergrund ist dafür eine wichtige Voraussetzung.

Zentrale Ansätze Menschenrechts- und Demokratiebildung

Welche Ansätze der politischen Bildung sind besonders geeignet, das Empowerment geflüchteter Jugendlicher zu unterstützen? Zu nennen ist die Menschenrechtsbildung: Wer die Menschenrechte als durchsetzbares Recht kennt, kann selbstbewusster auftreten als mit einer rein politischen oder gar moralischen Argumentation (zu den verschiedenen Dimensionen der Menschenrechtsbildung vgl. die Erklärung der Vereinten Nationen über Menschenrechtsbildung und -training aus dem Jahr 2011). Bei der Zielgruppe geflüchteter Jugendlicher ist jedoch ein sensibler und machtkritischer Umgang mit diesem Ansatz angebracht: Nicht wenige Geflüchtete stehen einem unreflektierten Lob der Menschenrechtslage in Europa angesichts jährlich tausender Toter im Mittelmeer skeptisch gegenüber (vgl. Wrasse 2018: 33). Die Perspektive macht hier also einen Unterschied, der in der Bildungspraxis aufgenommen und reflektiert werden muss, wenn diese ihre Glaubwürdigkeit nicht verspielen soll. Der notwendige positive Bezug auf die Menschenrechte „kann [...] nicht durch Überwältigung, sondern nur durch offene Diskussionen und Reflexionen geschehen.“ (Reitz 2017: 54). Dieses Überwältigungsverbot entspricht dem ersten der drei fachlichen Prinzipien der politischen Bildung nach dem Beutelsbacher Konsens. Auch die beiden anderen Prinzipien – gesellschaftlich kontroverse Themen auch in Bildungsmaßnahmen kontrovers zu diskutieren sowie die Teilnehmenden in die Lage zu versetzen, politische Situationen und die eigene Interessenlage in Bezug auf politische Handlungsmöglichkeiten zu analysieren – sind notwendige Bestandteile eines Empowerments durch politische Bildung.

Eine politische Bildung mit Empowerment-Perspektive nimmt Demokratie als Herrschafts-, Gesellschafts- und Lebensform umfassend und differenziert in den Blick. Orientierungswissen über institutionalisierte demokratische Prozesse ist auch ohne Wahlrecht ein Empowerment-Faktor. Komplementär wirken lebensweltliche orientierte Formate und Methoden, die einen demokratischen, respektvollen Umgang in Auseinandersetzungen um Fragen des Zusammenlebens im Alltag unterstützen. Hinzukommen müssen jedoch politische Kompetenzen (vgl. Hafener 2014), die ein auch für Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft praktikables Engagement in der Zivilgesellschaft ermöglichen. Modellhafte Erfahrungswelten in Projekten, in Plan- und Rollenspielen sowie die Vermittlung von Kenntnissen über Engagementformen und Beteiligungsinstrumente können kollektive Prozesse anstoßen, die in Selbstorganisation und/oder reales politisches Handeln münden. Durch eine reflexive Begleitung dieses Handelns kann politische Bildung neue, reale Erfahrungswelten erschließen (vgl. Hoffmann 2016). Am Projekt „Empowered by Democracy“ nehmen auch in politischen Gruppen organisierte Geflüchtete teil, deren Erfahrungen die Seminardiskussionen bereichern und die ihrerseits wichtige Impulse für ihre politische Arbeit mitnehmen können. Kooperation und Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Partnern wie Migrant*innenselbstorganisationen oder Jugendverbänden ermöglichen professionsübergreifende Empowermentstrukturen für geflüchtete Jugendliche. Hier wird auch deutlich, dass die im Beutelsbacher Konsens formulierten Prinzipien aus Empowerment-Perspektive einer Ergänzung bedürfen: Politische Bildung muss Machtverhältnisse in den Blick nehmen und marginalisierte Positionen sichtbar machen, um eine höhere Pluralität in gesellschaftlichen Kontroversen bewirken zu können. Sie soll Wege zur Gesellschaftsveränderung aufzeigen und dazu beitragen, die Potenziale junger Menschen zu innovativen Weiterentwicklungen von Zivilgesellschaft und Demokratie stärker zu nutzen.



EMPOWERED BY DEMOCRACY
Stärken. Bilden. Vernetzen.

Projektträger von „Empowered by Democracy“ ist der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e. V. Umgesetzt wird das Vorhaben von den Trägern Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB), Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB), Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN (AL), Deutscher Volkshochschul-Verband (DVV), Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (et) und Verband der Bildungszentren im ländlichen Raum (VBLR). Die Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung hat die Gesamtkoordination des Projekts übernommen. Die umsetzenden Träger sind Mitglieder der GEMINI (Gemeinsame Initiative der Träger politischer Jugendbildung im Bundesausschuss Politische Bildung). Gefördert wird das Projekt aus Mitteln des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb).

Literatur

- Amadeu Antonio Stiftung (2016):** „Einen Gleichwertigkeitszauber wirken lassen...“. Empowerment in der offenen Kinder- und Jugendarbeit verstehen, Berlin.
- Bertelsmann-Stiftung/Staatsministerium Baden-Württemberg (Hrsg.) (2014):** Partizipation im Wandel. Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden, Gütersloh.
- BMFSFJ (2016):** Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung, Bonn.
- Bourdieu, Pierre (1982):** Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt/M.
- Can, Halil (2013):** Empowerment aus der People of Color-Perspektive. Reflexionen und Empfehlungen für die Durchführung von Empowerment-Workshops gegen Rassismus. Landesstelle für Gleichstellung – gegen Diskriminierung (Berlin) (Hrsg.). URL: http://www.eu-ecar.eu/fileadmin/redaktion/ecar/Dissemination/Empowerment_Webbroschuere_barrierefrei.pdf (letzter Zugriff: 17.07.2018).
- Hafeneger, Benno (2014):** Kompetenzen in der non-formalen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, in: Journal für politische Bildung, Nr. 3, S. 34-41.
- Heinrich-Böll-Stiftung/Heimatkunde:** Empowerment-Dossier. URL: <https://heimatkunde.boell.de/dossier-empowerment> (letzter Zugriff: 17.07.2018).
- Herriger, Norbert (2014):** Empowerment in der Sozialen Arbeit. Eine Einführung, Stuttgart.
- Hoffmann, Astrid (2016):** Plädoyer für politisch nicht-neutrale Lehrende und die Förderung realen politischen Handelns. In: Widmaier, Benedikt/Zorn, Peter (Hrsg.): Brauchen wir den Beutelsbacher Konsens?, Bonn, S. 197-207.
- Kleefeld, Esther (2018):** Resilienz, Empowerment und Selbstorganisation geflüchteter Menschen. Stärkenorientierte Ansätze und professionelle Unterstützung, Göttingen.
- Reitz, Sandra:** Menschenrechtsbildung als Beitrag zu Empowerment und Solidarität. In: Achour, Sabine/Gill, Thomas (Hrsg.) (2017): Was politische Bildung alles sein kann. Einführung in die politische Bildung, Schwalbach/Ts., S. 46-60.
- Roth, Roland (2018):** Gesellschaftliche Mitgestaltung durch demokratisches Engagement und Partizipation. In: Kenner, Steve/ Lange, Dirk (Hrsg.): Citizenship Education. Konzepte, Anregungen und Ideen zur Demokratiebildung, Frankfurt/M., S. 229-244.
- UN-Generalversammlung (2011):** Erklärung der Vereinten Nationen über Menschenrechtsbildung und -ausbildung (UN-MRBT). A/RES/66/137. <http://www.un.org/depts/german/gv-66/band1/ar66137.pdf> (letzter Zugriff: 17.07.2018).
- Wehling, Hans-Georg (1977):** In: Siegfried Schiele/Herbert Schneider (Hrsg.): Das Konsensproblem in der politischen Bildung. Stuttgart, S. 179/180.
- Wrasse, Eric (2018):** Schizophren, realitätsfern und unglaubwürdig? Integrationspolitik und die Herausforderungen für die politische Bildung. In: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V.: Außerschulische Bildung, Nr. 01/2018, Berlin, S. 31-34.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Gefördert
durch die



Bundeszentrale für
politische Bildung